

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den Oberbürgermeister
der Stadt Bochum
Herr Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295
Fax: 0234 – 910 1297
eMail: linksfraktion@bochum.de
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 07.04.2020

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22. April 2020

Maßnahmenpaket zur solidarischen Bewältigung der Corona-Krise in Bochum

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise. Da massive soziale Folgen drohen, stehen alle politischen Ebenen in der Verantwortung, mit entschiedenen Hilfsmaßnahmen zu reagieren. Auch in Bochum erleiden viele Menschen drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall. Alleine in den letzten zweieinhalb März-Wochen haben in unserer Stadt rund 2.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Vielen Bochumerinnen und Bochumern drohen Überschuldung und ein Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz. Für besonders vulnerable Gruppen wie Obdachlose, in Sammelunterkünften untergebrachte Menschen sowie von häuslicher Gewalt Betroffene führt die Krise zu existenziellen Notsituationen. Gleichzeitig ergeben sich neue Herausforderungen für die städtische Infrastruktur und die kommunale Demokratie. Ein kommunales Maßnahmenpaket mit Sofortmaßnahmen kann einen ersten Beitrag zur solidarischen Bewältigung dieser Krise leisten.

Der Ausschuss möge daher die folgenden Maßnahmen beschließen:

1. Das Jobcenter Bochum wird aufgefordert, alle Sanktionen nach dem SGB II auszusetzen und keine neuen zu verhängen (Sanktionsmoratorium). Ebenso wird es aufgefordert, für die Dauer der Krise keine Kostensenkungsaufforderungen auszusprechen. Die städtischen Vertreter*innen in den Gremien des Jobcenters werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass diese Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden.
2. Die Sparkasse Bochum wird aufgefordert, bis auf Weiteres auf die Erhebung von Dispozinsen zu verzichten und Kleinkredite unbürokratisch zu vergeben. Die kommunalen

Vertreter*innen in den Gremien der Sparkasse werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dies zeitnah umgesetzt wird.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen kommunalen Notfallfonds zur Abwendung von Überschuldung durch Miet-, Energie- und Wasserschulden aufzulegen.
4. Die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft VBW wird aufgefordert, Mieter*innen, die durch die Krise in eine existenzbedrohende Lage kommen, eine zeitweilige Mietsenkung oder einen Mieterlass anzubieten. Die kommunalen Vertreter*innen in den Gremien der VBW werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dies zeitnah umgesetzt wird.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah ein Angebot zur vorübergehenden Unterbringung von Obdachlosen in von der Stadt angemieteten Ferienwohnungen und Hotels zu entwickeln und es sozialarbeiterisch zu begleiten. Weiter entwickelt sie in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege ein Konzept für den Ersatz der aktuell nicht zur Verfügung stehenden Tagesaufenthalte.
6. Da in Sammelunterkünften eine erhöhte Infektionsgefahr besteht, wird die Stadt Bochum alle Möglichkeiten nutzen, die Wohnsituation zu entzerren. Sie verstärkt ihre Bemühungen, den Betroffenen einen Umzug in Wohnungen zu ermöglichen. Wo diese Möglichkeit nicht besteht, wird die Stadt die Unterbringung in Ferienwohnungen und Hotels mit privaten Sanitäreinrichtungen anstreben. Sie wird außerdem alle kommunalen Restriktionen aussetzen, die es Menschen in Sammelunterkünften erschwert oder verunmöglicht, in selbst angemietete Wohnungen zu ziehen.
7. Sollten während der Krise die Kapazitäten des Bochumer Frauenhauses nicht ausreichen, stellt die Stadt Bochum dem Frauenhaus zusätzliche Kapazitäten durch von der Stadt angemietete Ferienwohnungen oder Hotelkapazitäten sowie zusätzliche Mittel für den erhöhten Betreuungsbedarf zur Verfügung.
8. Kultur- und Sporteinrichtungen sowie gemeinnützigen Vereinen, die Räumlichkeiten bei der Stadt oder städtischen Tochtergesellschaften angemietet haben, wird die Miete für die Zeit, in der sie ihre Angebote nicht anbieten dürfen, erlassen.
9. So lange die Bevölkerung aufgefordert ist, Kontakte zu vermeiden und möglichst zuhause zu bleiben, wird die Verwaltung alle öffentlichen Sitzungen des Rates und seiner Gremien per Video-Stream auf der städtischen Internetseite übertragen. Umstrittene Themen, deren Entscheidung nicht dringlich ist, werden auf einen Zeitpunkt vertagt, zu dem die demokratische Einbeziehung der Stadtöffentlichkeit wieder vollständig gewährleistet werden kann.

10. Um Abstand zu halten, benutzen aktuell mehr Bochumer*innen das Fahrrad als Alternative zu Bus und Bahn. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wird die Verwaltung beauftragt, Fahrspuren für die Dauer der Krise versuchsweise zu Radstreifen umzuwidmen, wie dies auch schon in Berlin geschehen ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Gültaze Aksevi und Ralf-D. Lange
Fraktionsvorsitzende